



# Kommunalwahlprogramm 2024 der FDP Heilbronn

„Die Gemeinde ist wichtiger als der Staat und das Wichtigste in der Gemeinde sind die Bürger“

Dr. Theodor Heuss,  
Erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und  
Ehrenbürger der Stadt Heilbronn

## **Wir machen das: ein lebens- und liebenswertes Heilbronn!**

Liebe Heilbronnerinnen und Heilbronner,

am 9. Juni 2024 wählen Sie einen neuen Gemeinderat. 40 engagierte und bestens qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten stellen sich zur Wahl und bitten um Ihr Vertrauen und Ihre Stimmen.

Das nachfolgende Kommunalwahlprogramm soll einen ersten Eindruck über die Vorstellungen der FDP liefern, wie wir unsere kommunalpolitische Aufgabe verstehen und wie wir unsere Stadt Heilbronn in den nächsten Jahren verlässlich und attraktiv weiter entwickeln wollen.

Dabei kann das Wahlprogramm freilich nicht alle Fragen und Herausforderungen, die uns beschäftigen und für die wir liberale Lösungsansätze bieten, abbilden. Sehen Sie darin ein Angebot, mit uns in Kontakt zu treten, mit uns zu diskutieren. Zahlreiche Veranstaltungen bieten hierzu in den nächsten Tagen und Wochen vor der Kommunalwahl Gelegenheit.

Wir freuen uns, auf die Begegnung mit Ihnen und Ihre Anregungen und Vorschläge, wie wir gemeinsam unser Heilbronn voranbringen können.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten (FDP)

Kontakt:

FDP Heilbronn, Heidelberger Straße 90B, 74080 Heilbronn

E-Mail: [info@fdphn.de](mailto:info@fdphn.de) | [www.fdphn.de/heilbronn2024](http://www.fdphn.de/heilbronn2024)

## **Wir machen das: Beste Bildungsinfrastruktur für unsere Kinder**

Chancengerechtigkeit ist ein zentrales Grundelement liberaler Bildungspolitik. Jedes Kind muss die gleichen Chancen haben, sich in einer ständig im Wandel befindlichen Welt bestmöglich zu entwickeln. Dafür brauchen Baden-Württembergs Schulen und Kindergärten modernste Ausstattung. Wir Freie Demokraten unterstützen im Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Schulen mehr Eigenverantwortung für unsere Stadt Heilbronn.

Deshalb setzen wir uns ein für

- moderne, sanierte Schulgebäude. Trotz erwähnenswerter und erfreulicher Investitionen in unsere Bildungseinrichtungen zeigt sich ein Sanierungsstau gerade an den Schulen. Nur dort, wo sich Schüler wohl fühlen, kann hochwertiges Lernen funktionieren. Hierzu gehören sanitäre Mindeststandards in den Schultoiletten.
- eine zeitgemäße technische Ausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Beruflichen Schulen sowie die Bereitstellung fachtechnischen Personals. Digitale Kompetenzen zu vermitteln und als eine Kernaufgabe der Schulen voranzutreiben, ist eine Grundvoraussetzung für bessere Bildung und berufliche Qualifikation.
- Wir verstehen Digitalisierung im Bildungsbereich als pädagogische Unterstützung, die altersgerecht eingesetzt werden soll. Dabei dürfen wir aber die analogen Fähigkeiten wie bspw. die Motorik oder pädagogische Kernkompetenzen nicht vernachlässigen. Gleichzeitig gilt es, auf einen verantwortungsvollen Konsum moderner Medien hinzuwirken.
- eine Entscheidungsfreiheit der Eltern. Während die Landesregierung sich für den Ausbau der gebundenen Ganztagschule ausspricht, wollen wir die Entscheidungsfreiheit der Eltern durch die Aufnahme der offenen Ganztagschule ins Schulgesetz und die Wiederaufnahme der Schulkindbetreuung stärken. Außerdem ist die Schulkindbetreuung bei der Bereitstellung von Räumlichkeiten dem Raumbedarf der gebundenen Ganztagschule gleichzustellen und am örtlichen Bedarf auszurichten. Dieser kann am besten von den Entscheidungsträgern vor Ort ermittelt werden.
- eine an den Unterricht anschließende Schulkindbetreuung, die flexibel auf die Bedürfnisse der Eltern eingeht, sowie eine angemessene Beteiligung des Landes an den Kosten.
- für den Ausbau bilingualer Bildungsangebote.
- die technische Ausstattung und Verkabelung in den Schulgebäuden auf zeitgemäßem Stand.
- eine flächendeckende Ausstattung von Schulgebäuden mit WLAN und digitalen Anzeige und Interaktionsgeräten.

Bildung fängt für uns nicht erst in der Schule an. Gerade die ersten Lebensjahre sind von größter Bedeutung. Deshalb setzen wir uns ein für

- dass frühkindliche Bildung in Kindertagesstätten den Stellenwert erhält, der ihrer immensen Bedeutung in der Bildungsbiografie von Kindern gerecht wird und damit die stärkere Fokussierung von Erzieherinnen und Erziehern in Kindertagesstätten, Horten und in schulischen Betreuungsangeboten auf ihre fachliche Tätigkeit. So sollte die Zubereitung von Speisen von entsprechendem Küchenpersonal erfolgen und die Bearbeitung von Anträgen durch Verwaltungsfachleute.
- Stärkung der frühkindlichen Bildung, insbesondere durch gezielte und passgenaue Förderung bei der Sprachentwicklung mit dem Ziel, dass alle Kinder bei der Einschulung über ein vergleichbares Sprachniveau verfügen.
- Stärkere Honorierung der Fachkräfte in Ganztageseinrichtungen, da diese für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf in unserer Gesellschaft essenziell sind. Denn nur mit einer funktionierenden Ganztageskinderbetreuung können Eltern selbst ihren Beruf ausüben und dem Fachkräftemangel allerorten entgegenwirken.
- einen konsequenten Ausbau der Ganztagesbetreuungsplätze für Mädchen und Jungen im Kindergarten- und Kleinkindalter.
- Umsetzung der Forderung des Regierungspräsidiums Stuttgart zur Einführung sozial gestaffelter Kindergartengebühren für einen maßvollen finanziellen Beitrag, um eine qualitative Aufwertung zu ermöglichen.
- Schaffung bestmöglicher personeller und räumlicher Kapazitäten bei den Kindertageseinrichtungen, um eine altersgerechte und pädagogisch sinnvolle Betreuung sicherzustellen.

## **Wir machen das: den Titel Universitätsstadt mit Leben erfüllen!**

Heilbronn entwickelt sich rasant zur Bildungs- und Wissensstadt: mit beispielsweise der Hochschule Heilbronn, der DHBW oder der TU München, Campus Heilbronn, bietet Heilbronn ein umfangreiches hochschulisches Angebot. Wir sind stolz und dankbar für die nicht zuletzt durch die Dieter Schwarz Stiftung gGmbH ermöglichte Entwicklung unserer Stadt Heilbronn zur Bildungs- und Wissensstadt. Der Titel „Universitätsstadt“ sehen wir dabei als Auftrag und Ziel, das wir umfassend mit Leben erfüllen wollen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Unterstützung aller Akteure zur wertigen Fortentwicklung und Verstetigung des bildungs- und hochschulpolitischen Angebots sowie der Forschungslandschaft in unserer Stadt.

- Ausbau und Förderung der „weichen Standortfaktoren“ in den Bereichen Sport, Kultur, Unterhaltung und Freizeit, um studentische Leben erlebbar zu machen. Damit unterstützen wir auch den sogenannten „Klebeeffekt“, nämlich, wenn sich Studentinnen und Studenten in Heilbronn bzw. unserer Raumschaft wohlfühlen, sie auch nach der Ausbildung hier bleiben.
- Unterstützung der verschiedenen Akteure bis hin zum Studierendenwerk, um ausreichend Wohnraum auch für Studentinnen und Studenten zu schaffen.
- Stärkere Einbindung der vorhandenen wissenschaftlichen Strukturen bei der Lösung aktueller Herausforderungen, bspw. bei innerstädtischer Logistik, Fragen der Mobilität oder Attraktivierung des Einzelhandels in unserer Stadt.

## **Wir machen das: Digitalisierung als Chance - Für eine smartere und effizientere Kommune!**

### **Digitalisierung im Bereich Bauen und Wohnen**

Digitales Bauen bedeutet günstigeres Bauen – und damit auch günstigeres Wohnen. Doch während die Digitalisierung unsere Gesellschaft und Wirtschaft in vielen Bereichen grundlegend transformiert hat, scheint die Zeit in der Bau- und Wohnungswirtschaft beinahe stehen geblieben zu sein. Die Bauwirtschaft zählt noch immer zu den am wenigsten digitalisierten Branchen überhaupt und auf den Bauämtern sieht es nicht besser aus. Wir Freie Demokraten wollen jetzt die notwendigen Updates für weniger Bürokratie, schnellere Verfahren und bezahlbares Bauen vornehmen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Berücksichtigung von Glasfaseranschlüssen schon bei der Quartiersentwicklung.
- die Nutzung der Vorteile des Building-Information-Modeling (BIM).
- die Beschleunigung und Vereinfachung von Bauverfahren durch die Digitalisierung der Antragsprozesse.
- die Einführung digitaler Baulandkataster, um Flächenreserven zur Innenverdichtung zu mobilisieren.
- digitale Wohnungstauschbörsen und digitale Wohnraummelder in den Kommunen.
- Barrierefreiheit auch im digitalen Raum, etwa durch barrierefreie Gemeinde-Websites oder barrierefrei nutzbare Bürger-Apps sowie die weitgehende Bereitstellung digitaler Informationen der Gemeinden in "einfacher Sprache".

## **Digitalisierung im Verkehr**

Durch eine intelligente und vernetzte Verkehrssteuerung lässt sich der Verkehrsfluss optimieren. Wir Freie Demokraten wollen die daraus entstehenden Möglichkeiten sowohl für den Individualverkehr als auch für den ÖPNV konsequent nutzen, um Staus, Umweltbelastungen und nicht zuletzt den Zeitaufwand der Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die verstärkte Nutzung von E-Ticketing im lokalen und regionalen ÖPNV.
- die Verbesserung digitaler Fahrplanauskünfte und den Ausbau digitaler Anzeigetafeln an Bushaltestellen. Außerdem sollen die Potenziale der besseren Vernetzung verschiedener Verkehrsträger und Mobilitätsformen wie z.B. Echtzeit-Transponder besser genutzt werden, indem Echtzeitauskünfte zu Abfahrzeiten oder Verfügbarkeiten digital sichergestellt werden.
- digitale Parkleitsysteme in den Gemeinden, die klimaschädlichen Parksuchverkehr reduzieren. Das jüngst von der Verwaltung angeschaffte „Verkehrsleitsystem“ erinnert mehr an die 1990er Jahre, denn an eine Stadt im digitalen Aufbruch.
- den Einsatz von Apps für Parkraum-Management und Handy-Parken.
- smarte Ampelsysteme, um den Verkehrsfluss in den Städten zu beschleunigen.
- die konsequente Digitalisierung öffentlicher Parkhäuser und Tiefgaragen, die u.a. auch die Bedürfnisse des autonomen Fahrens berücksichtigen.

## **Digitale Infrastruktur**

Eine funktionierende Infrastruktur ist die notwendige Grundlage für den digitalen Fortschritt. Der Zugang zum Internet ist längst nicht mehr eine Frage des Komforts, sondern auch der Chancengleichheit. Es ermöglicht uns, in Sekundenschnelle Informationen abzurufen und auszutauschen, Bildungsmaterialien zu nutzen oder mit Menschen auf der ganzen Welt zu kommunizieren. Leider gibt es aber immer noch Regionen, in denen flächendeckendes und schnelles Internet keine Selbstverständlichkeit ist.

Um Engpässe und weiße Flecken zu beseitigen, setzen wir uns ein für

- die Erstellung von Glasfaserausbau-Masterplänen in Kommunen, um bei Tiefbaumaßnahmen Synergien optimal zu nutzen.
- den Ausbau von WLAN in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen.
- den konsequenten Ausbau von Mobilfunk im 5G-Standard, um bestehende Funklöcher zu schließen und mithilfe von Bürgerdialogen Akzeptanz für diese Technologie zu schaffen.

## **Digitalisierung im Umweltschutz**

Umweltschutz ist von zentraler Bedeutung, um die natürlichen Ressourcen zu erhalten und auch künftigen Generationen eine nachhaltige Lebensgrundlage zu bieten. Innovative Ideen und neue Technologien sind dabei wichtige Hilfsmittel. Mithilfe digitaler Anwendungen lassen sich kritische Entwicklungen frühzeitig erkennen und die Effizienz unseres Ressourcenverbrauchs optimieren. Deshalb setzen wir uns ein für

- Smart-City-Ansätze mittels LPWAN-Technologien wie z.B. LoRaWAN, um die Digitalisierung von Mülltonnen (Leerungssensorik), effiziente Grünflächenbewässerung oder eine digitale Baumkontrolle zu ermöglichen. Auch bei der Warnung vor Waldbränden oder Hochwasserlagen können LPWAN-Lösungen nützlich sein.
- den Austausch bestehender Straßenbeleuchtung durch smarte LED-Leuchtmittel mit Bewegungssensorik.

## **Digitalisierung von Bildung und Betreuung**

Digitale Bildung eröffnet den Menschen zahlreiche Möglichkeiten, die eigenen Träume selbständig zu verwirklichen und in der heutigen wie künftigen Arbeitswelt erfolgreich zu sein. Um unsere Kinder optimal auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten, braucht es einen zeitgemäßen Unterricht mit digitalen Methoden und Materialien. Diese spielen eine entscheidende Rolle bei der Förderung der individuellen Bedürfnisse und Talente jedes Kindes.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die zeitgemäße technische Ausstattung von Schulgebäuden.
- eine flächendeckende Ausstattung von Schulgebäuden mit WLAN und digitalen Anzeige und Interaktionsgeräten.
- die aktive Miteinbeziehung digitaler Lehrmittel in den Unterricht, etwa um (altersgerecht) Blended Learning-Modelle in den Schulen zu gewährleisten.
- die Einführung anwenderfreundlicher KiTa-Apps zur Kommunikation zwischen Betreuungseinrichtungen und Eltern.
- die beschleunigte und vereinfachte Vergabe von KiTa-Plätzen durch digitale Unterstützung und die Nutzung der Potenziale künstlicher Intelligenz.
- die Nutzung der Potenziale der Digitalisierung zur beschleunigten und vereinfachten Platzvergabe bei der Ganztagsbetreuung von Schulkindern.

## Digitalisierung der Verwaltung

Die Arbeitsabläufe und Verfahren in den Behörden sind längst aus der Zeit gefallen. Dass Anträge in Papierform eingereicht oder nach digitalem Versand ausgedruckt werden müssen, sollte endgültig der Vergangenheit angehören. Wir Freie Demokraten stehen für einen unkomplizierten Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern das Leben erleichtert. Um den Weg für eine bürgernahe und digitale Verwaltung freizumachen, setzen wir uns ein für

- verbindliche Bearbeitungsfristen der städtischen Verwaltung bis zum Entscheid nach Antragsstellung von höchstens 3 Monaten, um Bürgern und der Wirtschaft Verlässlichkeit bei zukünftigen Entscheidungen und einen zeitgemäßen Service zu bieten.
- digitale Ehrenamtsplattformen in den Kommunen, die das „Matching“ zwischen ehrenamtlichen Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern vereinfachen.
- den weitergehenden Einsatz künstlicher Intelligenz in der kommunalen Steuerverwaltung zur Verfahrensvereinfachung.
- die flächendeckende Einführung zeitgemäßer Ratsinformationssysteme, um die Transparenz von Gremienentscheidungen zu erhöhen.
- ein Streaming von Gremiensitzungen, um zeitgemäße Bürgerbeteiligung zu ermöglichen.
- Bürger-Apps mit nützlichen Informationen aus der Gemeinde als digitale Amtsblätter.
- moderne Gemeinde-Websites.
- Gemeindeverwaltungen, die auf den sozialen Medien vertreten sind und hierüber regelmäßig die Bürger informieren.
- den bedarfsgerechten Gebrauch der Möglichkeit hybrider Sitzungen, um die Effizienz der kommunalpolitischen Gremienarbeit zu steigern, beispielsweise bei Vorberatungen oder fraktionsübergreifenden Koordinationsterminen, in denen keine rechtswirksame Abstimmung vorgesehen ist.
- die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, um insbesondere in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel wertvolle Personalressourcen in den Gemeindeverwaltungen möglichst sinnvoll einsetzen zu können. Konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist kein leidiger Zusatzaufwand, sondern eine große Chance.
- den Einsatz von KI-gestützten Assistenztools auf kommunalen Websites als Beitrag zu einer bürgernahen, beschleunigten und von Rathaus-Öffnungszeiten unabhängigen Bearbeitung von Bürgeranliegen.
- die umfassende Digitalisierung der Ausländerbehörden, um schnelle und effiziente Verfahren zu gewährleisten.

## **Wir machen das: Eine attraktive und lebenswerte Innenstadt!**

Die herausragende Bedeutung der Innenstädte ist unbestreitbar. Sie sind das gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle „Herz“ unserer Stadt. Doch die Veränderungen im Konsum und Freizeitverhalten der Bürgerinnen und Bürger stellen auch die Heilbronner Innenstadt vor große Herausforderungen, die wir aktiv angehen müssen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Ausbau und Ergänzung des City-Managements zum Erhalt und zur Steigerung der Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit unserer Innenstädte. Es fungiert als zentrale Anlaufstelle für alle Akteure in der Innenstadt, ob Einzelhändler, Gastronomen, Eigentümer oder Bürgerinnen und Bürger. Das City-Management muss die Plattform werden, um Ideen, Anliegen und Vorschläge zu sammeln, zu koordinieren und umzusetzen.
- ein aktives Leerstands-Management mit kreativen Ideen wie Pop-up-Stores, um dauerhafte Leerstände in innerstädtischen Flächen zu vermeiden.
- ein gebührenfreies Kurzzeitparken in innerstädtischen Randlagen.
- eine ausreichende Ausstattung der Innenstädte mit Parkmöglichkeiten für Autos und Fahrräder sowie Roller und andere Fahrzeuge.
- eine Attraktivierung der Zu- und Abwege von und zu den unsere Innenstadt umgebenden Parkhäusern in die zentrale Innenstadt.
- eine Verkehrsführung, welche die Bedarfe aller Verkehrsteilnehmer, von Fußgängern, über Rad- und Autofahrern, gleichermaßen berücksichtigt.
- attraktive Veranstaltungsformate in Innenstadtlagen, die Gastronomie-, Handels- und Kulturangebote abdecken, z.B. Spezialmärkte oder Festivitäten, Bauernmärkte, Auto- und Fahrradshows, After-Work-Partys und Musikveranstaltungen.
- Mehr Vitalität in der Innenstadt durch geeignete kulturelle und gastronomische Angebote für Studentinnen und Studenten.

### **Einzelhandel**

Sowohl in ländlichen Gebieten als auch in städtischen Ballungsräumen sieht sich der lokale Einzelhandel einem anhaltenden Strukturwandel ausgesetzt. Angesichts des veränderten Konsumverhaltens vieler Verbraucher können geeignete kleinräumige Strategien Kunden und Händlern vor Ort optimistische Perspektiven für die Zukunft bieten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- einen Bürokratieabbau für Einzelhändler statt den Erlass immer weiterer Regelungen, die oft von den eigentlichen Aufgaben abhalten, wie Gestaltungssatzungen, komplizierte Förderprogramme, Sondernutzungsgebühren für Werbetafeln und Verkaufsstände vor dem Ladengeschäft oder überzogenen Stellplatzvorgaben.
- attraktive Ausbildungsstellen und Arbeitsplätze für Fachkräfte.
- kreative und engagierte Maßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung im Bereich des Einzelhandels, z.B. Stadtgutscheine, Sonderveranstaltungen oder zusätzliche Frequenzbringer, wie Kultur- und Sportveranstaltungen in der Innenstadt. Unser Vorschlag, die Käthchenfestspiele im Deutschhof wiederzubeleben, ist ein gutes Beispiel.
- lokale Online-Marktplätze, auf denen örtliche Einzelhändler ihre Angebote im digitalen Raum präsentieren können.

## **Wir machen das: ein lebenswertes Heilbronn – mit Sicherheit!**

Eine sichere Umgebung ist Voraussetzung für ein lebenswertes Heilbronn. Hierzu trägt eine aktive Bürgergesellschaft maßgeblich bei, die von engagierten Bürgerinnen und Bürgern getragen wird. In Vereinen, Religionsgemeinschaften, unserer Heilbronner Bürgerstiftung oder Selbsthilfeorganisationen unterstützen die Menschen einander im täglichen Leben häufig wirkungsvoller als es eine körperschaftliche oder staatliche Organisation könnte.

Dabei vertrauen wir unsere Sicherheit schon jetzt vielfach ehrenamtlichen Kräften an, z.B. in der Feuerwehr, in Rettungsorganisationen, im THW oder in der DLRG und wir tun gut daran, dieses Ehrenamt für die Bürgergesellschaft dauerhaft zu unterstützen. Zur modernen Bürgergesellschaft gehören auch die offene, wertorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten sowie die positive Anerkennung kultureller Vielfalt. Extremismus, sei er religiöser, links- oder rechtsextremistischer Art, hat dabei keinen Platz! Wer durch kriminelles Handeln Vertrauen missbraucht, muss die Konsequenzen rechtsstaatlicher Maßnahmen erfahren. Das gilt für alle, auch diejenigen, die nur vorübergehend hier leben. Eine besondere Bedeutung hat für uns Freie Demokraten die Prävention. Es ist am besten, die Menschen zu stärken und Kriminalität wirksam und nachhaltig vorzubeugen, statt erst an Symptomen herumzudoktern. Einen Schwerpunkt setzen wir dabei auch in der Jugendarbeit.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere und langfristige (Kriminal-)Prävention. Wir wollen in Heilbronn eine Stiftung für die „öffentliche Sicherheit“ einrichten oder die Heilbronner Bürgerstiftung stärken, um notwendige Präventionsprogramme nicht immer nur kurzfristig und nach Kassenlage durchzuführen. Programme wie Erste-Hilfe-Kurse, zum besseren Schutz vor Einbruchdiebstählen, zum Umgang mit Medien und Mobbing, zur Brandprävention oder Schwimmunterricht für Kinder müssen verstetigt und z. B. mit Polizei, Schulen und Rettungsorganisationen vernetzt werden, um nachhaltig Wirkung zu entfalten.

- ein sauberes Heilbronn. Sauberkeit ist ein wesentliches Element, das zu einem subjektiven Sicherheitsgefühl beiträgt. Die städtischen Mitarbeiter leisten bereits einen bemerkenswerten Beitrag, den es zu unterstützen und stärken gilt, damit auch innerstädtische Randlagen regelmäßig gesäubert werden und „Schmuddelecken“ erst gar nicht entstehen. Gleichzeitig müssen wir präventiv stärker agieren, beispielsweise durch besser platzierte und größere Mülleimer, aber auch repressiv stärker auftreten und Müllsünder konsequent zur Kasse zu bitten. Achtloses Müllwegschmeißen, Spucken, Zurücklassen von Hundekot oder das Wegwerfen von Zigarettenkippen muss der Vergangenheit angehören.
- eine bessere Unterstützung und Vernetzung aller in der Jugendarbeit Tätigen, sei es an Schulen, in Vereinen, in der freien Jugendarbeit oder in den Behörden, damit Probleme frühzeitig erkannt und gemeinsam angegangen werden können. Wirksame Jugendarbeit und eine Kultur des Hinsehens helfen mehr als der bloße Erlass weiterer Verbote.
- zielgerichtete Programme, die sich an Frauen wenden, um Selbstverteidigung und Selbstbewusstsein zu stärken. Die Finanzierung von Einrichtungen, die Frauen Schutz bieten, muss dauerhaft gesichert werden. Mit besseren Strukturen und einer gezielten Forderung werden wir besser gegen häusliche Gewalt und Menschenhandel vorgehen.
- mehr Mitsprache von Bürgerinnen und Bürgern sowie insbesondere von Menschen mit Behinderungen, wenn es darum geht, u.a. ihr Umfeld sicherer und einfacher zu gestalten. Das kann mit der dauerhaften Einrichtung von Inklusionsbeiräten gelingen. Seniorinnen und Senioren sollen u.a. bei (bau-)planerischen Entscheidungen für sichere und zugängliche Quartiere einbezogen werden.
- neue Projekte, wie etwa zur Warnung der Bevölkerung bei Schadenslagen oder zur besseren Rekrutierung von Rettungskräften, sowie zur bestmöglichen Verhinderung von Großschadenslagen (z.B. Unwetter, Hochwasser).
- eine Politik, die von der Möglichkeit des „Alkoholverbots“ im öffentlichen Bereich und der Ausweisung von „Messerverbotzonen“ nur im Ausnahmefall und nach sehr gründlicher Prüfung der Bedingungen vor Ort Gebrauch macht.
- eine zeitgemäße Aufstellung der Gemeindeverwaltungen und kommunalen Unternehmen in Angelegenheiten der Cyber-Sicherheit.

### **Polizeipräsenz in der Stadt**

Bürgerinnen und Bürger werden sich nur mit unserer Stadt identifizieren, wenn sie sich dort auch sicher fühlen. Das Sicherheitsgefühl wird maßgeblich durch eine ausreichende Polizeipräsenz vor Ort gestärkt. Der sichtbare Polizist ist der beste Ansprechpartner. Durch die Polizeireform in Baden-Württemberg hat sich die Polizei aber noch weiter von den Menschen im Land entfernt und nach wie vor fehlen in vielen Polizeidirektionen und Polizeiposten die erforderlichen Kräfte. Zudem mangelt es noch immer an einer flächendeckenden Ausstattung mit modernen Kommunikationsmitteln wie dem speziellen

Polizeihandy und persönlichen Sicherheitsgegenständen für die Polizistinnen und Polizisten. Deshalb setzen wir uns ein für

- eine bessere Ausstattung und personelle Besetzung der Polizeidienststellen vor Ort.
- bessere Technik, die hilft, die Beamten von unnötiger Bürokratie zu befreien. Damit bleibt mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Bekämpfung und Prävention von Kriminalität. Moderne Kommunikationsmittel sind wichtig, um die Effizienz der Polizeiarbeit zu steigern.
- Die Bereitstellung von speziellen Polizeihandys und anderen modernen Technologien und Kommunikationsmitteln (Tablets) kann dazu beitragen, Bürokratie zu reduzieren und den Polizisten mehr Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben zu geben.
- **Integration von Technologie für mehr Sicherheit:** Einsatz von moderner Technologie, um Angsträumen vorzubeugen und diese abzubauen, sowie Einsatz von intelligenten Beleuchtungssysteme und andere innovative Lösungen um die Sicherheit in öffentlichen Räumen zu erhöhen.
- **Bürgerbeteiligung und Transparenz:** Eine offene Kommunikation zwischen Bürgern und lokalen Sicherheitsbehörden kann das Vertrauen stärken und die Zusammenarbeit verbessern.
- Eine sichere und lebenswerte Umgebung muss mit einem ganzheitlichen Ansatz für Stadtentwicklung verbunden sein, so trägt eine nachhaltige städtische Entwicklung z.B. in den Bereichen Umweltschutz und die Investition in Bildung und Jugendarbeit zur Verbesserung der Lebensqualität und inneren Sicherheit bei. Auch darf hier der Fokus auf den interkulturellen Dialog und die Förderung von Vielfalt auch in den Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen nicht fehlen. Eine integrative Gemeinschaft hilft potenzielle Spannungen zu reduzieren.
- kommunale Ordnungsdienste, die nicht die Polizei ersetzen, aber in der Lage sind, Ordnungsstörungen zu unterbinden und Präsenz zu zeigen. Sie erhöhen die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden für alle Menschen im öffentlichen Raum.

## Feuerwehr

Neben der Polizei ist die Feuerwehr der wesentliche Garant der Inneren Sicherheit. Rund um die Uhr stehen sie der Allgemeinheit an allen Tagen des Jahres verlässlich und kompetent zur Verfügung, um Menschen und Tiere zu retten, Brände zu bekämpfen und technische Hilfe zu leisten. Darüber hinaus sind sie der erste Ansprechpartner für sonstige Einsätze und unklare Gefahrenlagen.

In den Gemeindefeuerwehren leisten nahezu 115.000 Menschen und davon rund 98% aller Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg ihre Tätigkeit ehrenamtlich; neben ihrem Beruf und neben den Anforderungen aus Familie und Alltag.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Einführung einer „Feuerwehr-Rente“, bei der den Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr je nach Engagement, Einsätzen oder Teilnahme an Übungen und Fortbildung ein Beitrag in eine private Altersvorsorge einbezahlt wird, die am Ende der Dienstzeit als kleines „Dankeschön“ ausbezahlt wird.
- eine nachhaltige Unterstützung sowohl der Nachwuchsförderung als auch der Stärkung erfahrener Kräfte.
- Kampagnen zur Gewinnung von mehr Frauen und Migranten.
- eine Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Rettungsorganisationen.
- verlässliche Investitionen in moderne Technik.
- eine Ansprache und Unterstützung von Arbeitgebern, die ihren Arbeitnehmern die ehrenamtliche Tätigkeit ermöglichen und erleichtern.
- die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch kommunale Ehrenamtskarten und etwa kostenfreie VHS-Seminare

### **Wir machen das: Liberale Impulse für Verein und Ehrenamt**

Der soziale und kulturelle Zusammenhalt in unseren Gemeinden wird maßgeblich vom Ehrenamt getragen; Sport, Kultur, Vereine, Rettungsdienste, die Freiwillige Feuerwehr, Initiativen für soziale Unterstützungsangebote etc. prägen das Leben in einem hohen Maß. Wertschätzung und Anerkennung für alle Formen des Ehrenamts ist daher wichtig. Aber es braucht auch seitens der Kommunen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sich ehrenamtliches Engagement entfalten kann.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die kommunale Bereitstellung von Räumlichkeiten und Treffpunkten für Vereine und ehrenamtlich Engagierte.
- unbürokratische Verwaltungsprozesse für Genehmigungen, bei Anmietungen und die Nutzung von öffentlichem Raum. Es kann nicht sein, dass wir einerseits die bürokratische Auflage beispielsweise für Vereine erhöhen um dann andererseits einen städtischen Vereinsmanager fördern, der den Vereinen bei der Bewältigung der Bürokratie hilft.
- angemessene Rahmenbedingungen für Veranstaltungen, die von Ehrenamtlichen getragen werden. Ein Weinfest, eine Hocketse, ein Vereins- oder Straßenfest darf nicht zum „Staatsakt“ werden mit Sicherheitsauflagen, die die Vereine finanziell und organisatorisch überfordern.

- Einführung der längst überfälligen Ehrenamtskarte beispielsweise für kostenlose oder vergünstigte Eintritte in Bädern, Museen oder Freizeiteinrichtungen als „Dankeschön“ für und zur Stärkung des Ehrenamts
- stärkere Einbindung der Jugendlichen sowie der Studentinnen und Studenten in die bestehende Vereinsstrukturen u.a. durch geeignete Fördermaßnahmen.
- die Schaffung von zentralen Plattformen, um Raumangebote zusammenzuführen und bestenfalls auch Belegungszeiten einzusehen und Buchungen vorzunehmen. Auch sollen städtische Räume wie bspw. Schulen möglichst für Vereine zugänglich gemacht werden.

## **Vereine/Sport**

Die Freien Demokraten halten eine höhere Wertschätzung der Ehrenamtlichen im Amateur- und Leistungssport sowie vor allem im Breitensport für dringend notwendig. Wer in seiner Freizeit anderen Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderung sowie Kindern dabei hilft, sportlich tätig zu sein und eine Vorbildfunktion mit hohem persönlichem Einsatz übernimmt, hat die Anerkennung der Gesellschaft verdient.

Daher unterstützen wir den Solidarpakt Sport, der neben dem Breiten- auch den Spitzensport fördert und setzen uns ein für

- eine bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch die Landesregierung bei der Sanierung der Schwimmbäder. Viele Kommunen sind derzeit finanziell damit überfordert, ihre meist in den 1970er Jahren gebauten Frei- und Hallenbäder zu sanieren. Auch in Heilbronn wird immer wieder darüber diskutiert, Schwimmflächen zu reduzieren. Dass aber würde die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einschränken und dafür sorgen, dass noch weniger Kinder frühzeitig schwimmen lernen, als bereits heute. Wir sprechen uns klar gegen eine Schließung des Freibads Am Gesundbrunnen aus.
- eine vereinfachte Beantragung von Fördermitteln für die generelle Sanierung von Sportstätten. Vereinfachte und unbürokratischere Verfahren kommen allen Bürgern zugute und fördern auch die Bewerbungsbereitschaft der Kommunen.
- die gezielte Weiterentwicklung der bestehenden Sport- und Bewegungsangebote, die dem Inklusionsgedanken gerecht werden.
- Fortführung der vorbildlichen städtischen Vereinsförderung in unserer Sportstadt Heilbronn und Stärkung der sportlichen Leuchttürme im Spitzensport.
- eine Vertiefung der Gespräche mit den Vereinen zur besseren Unterstützung der Vereinsarbeit und des Ehrenamtes, welches eine der zentralen Grundlagen für das gesellschaftliche Miteinander ist.

## **Zivil- und Katastrophenschutz**

Der Schutz der Bevölkerung und die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger stehen für uns Freie Demokraten stets im Mittelpunkt. Nur mit der notwendigen personellen und finanziellen Ausstattung des ehrenamtlichen Zivilschutzes können wir unser Land bestmöglich auf Krisen- und Katastrophensituationen vorbereiten und effektive Maßnahmen zum Schutz und zur Hilfeleistung gewährleisten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die Förderung von Maßnahmen zur Stärkung des Zivilschutzes, insbesondere bei jüngeren Menschen. Dies kann beispielsweise durch einen höheren finanziellen Ausgleich, die Anerkennung für Verlängerungen bei Ausbildungs- und Studienzeiten und einer dreimonatigen freiwilligen Grundausbildung erfolgen.
- spürbare Vorteile und Vergünstigungen für ehrenamtlich tätige Bürger in den Kommunen, etwa in Form kommunaler Ehrenamtskarten.

## **Wir machen das: Lebensfreude kennt kein Alter!**

Seniorinnen und Senioren sind heute bis ins hohe Alter agil, besitzen viel Erfahrung und Kompetenz und engagieren sich vielfältig ehrenamtlich in ihrer Gemeinde. Zusammen mit ihrem zunehmenden Anteil in der Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen für die Städte und Landkreise. Wie wir das Leben für den älteren Teil der Bevölkerung in den künftigen Jahren gestalten, ist eine Frage, die den Wohnungsbau, die Barrierefreiheit sowie die ambulante und stationäre Pflege vor Ort betrifft.

Für uns Freie Demokraten ist wichtig, dass Seniorinnen und Senioren möglichst lange selbstbestimmt leben können. Hierzu ist die wohnortnahe Unterstützung in den Gemeinden wichtig. Der Bedarf nach seniorenrechtlichen Wohnungen, die um eine ortsnahe Pflegeunterstützung ergänzt werden können, steigt. Um die Mobilität und Teilhabe der Seniorinnen und Senioren zu gewährleisten, sind Ideen gefragt, die auf den jeweiligen Ort und die individuelle Situation abgestimmt sind.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Stärkung der Seniorenräte.
- Förderung und Stärkung der Quartierszentren in der Kernstadt sowie in allen Stadtteilen.
- die Förderung und Stärkung wechselseitiger generationenübergreifender Unterstützung, wie zum Beispiel eine Handysprechstunde für Seniorinnen und Senioren an Schulen oder im Gegenzug Hilfestellung beim Lesen oder in anderen Schulfächern durch Seniorinnen und Senioren. Dies stärkt alle Generationen und das Miteinander in den Gemeinden.

- eine pragmatischere Umsetzung und einfachere Handhabung bei der Schaffung ambulant betreuter Wohngruppen.
- eine Entbürokratisierung und Entschärfung bei der Umsetzung der Heimbauverordnung, um zu verhindern, dass bestehende Pflegeheime den Betrieb einstellen müssen.
- die Herstellung der Barrierefreiheit, einen gut ausgebauten ÖPNV inkl. Ruf taxis und Bürgerbussen, einen mobilen Service für einfache Verwaltungsangelegenheiten, sanitäre Einrichtungen für alle und organisierte Nachbarschaftshilfe.
- den Ausbau einer digitalen Infrastruktur in Pflegeheimen, die sowohl Bewohner als auch Personal unterstützt und entlastet.

### **Wir machen das: Solide Wirtschaft für einen soliden Haushalt!**

Die Stadt Heilbronn ist finanziell im kommunalen Vergleich gut aufgestellt (Verschuldung, Spielraum für Investitionen, Einnahmeerwartungen). Als Liberale ruhen wir uns allerdings nicht auf einer zufriedenstellenden Finanzsituation aus, sondern schauen in die Zukunft. Die weltweiten Folgen der Corona-Krise und des Ukrainekrieges zeigen sich auch in den Haushalten unserer Städte und Gemeinden. Dies stellt die Kommunen aktuell und in den kommenden Jahren vor finanzielle und strukturelle Herausforderungen. Zudem haben die Pflichtaufgaben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, mit der Folge, dass freiwillige Leistungen zurückgefahren werden mussten. Aufgrund der Baupreissteigerungen konnten die Kommunen nicht genügend in die kommunale Infrastruktur investieren. Bei vielen kommunalen Investitionen gibt es zu viele untaugliche Förderprogramme, die beispielsweise anteilig den Neubau einer Schule fördern, während die Kommunen jedoch vollständig die sehr hohen Folgekosten zu tragen haben. Auch dies führt zu einer hohen finanziellen Belastung der Kommunen und schränkt deren Handlungsspielraum ein.

Um den kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten zu erhalten, setzen wir uns ein für

- eine solide Haushaltsplanung in Heilbronn, um die Handlungsfähigkeit zu sichern und nachfolgende Generationen nicht über Gebühr zu belasten.
- eine bessere Ausgabenkontrolle. Hierbei sollen die Möglichkeiten des neuen kommunalen Haushaltsrechtes stärker genutzt werden und eine bessere Vergleichbarkeit zwischen den Gemeinden gewährleistet werden.
- seriöse Kostenschätzungen und mehr Projektdisziplin zur Vermeidung zusätzlicher Kosten bei Bauprojekten.
- eine noch bessere und verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zur Nutzung von Synergien und Kostenreduzierung, z.B. im Bereich Naturschutz, Mobilität oder Digitalisierung.
- einen Abbau des Sanierungsstaus bei öffentlichen Gebäuden und der Infrastruktur.

- den Einsatz künstlicher Intelligenz in der kommunalen Verwaltung zur Verfahrensvereinfachung.
- einen kritischen Blick auf den Umsetzungsgrad der Pflichtaufgaben. Sobald die Pflichtaufgaben umfangreicher als vorgeschrieben erfüllt werden, ist dieser Teil den freiwilligen Leistungen zuzuordnen. Das stellt häufig eine große Belastung unseres kommunalen Haushalts dar.
- eine Stärkung der Binnenschifffahrt auf dem Neckar. Unser Ziel ist es, möglichst schnell und möglichst viel Transportkapazität auf den Neckar zu bringen, als ökologische und ökonomische Alternative zu Straße und Bahn. Nach 15 Jahren Stillstand im CDU/CDU-geführten Bundesverkehrsministerium bei diesem Thema ist allerdings eine bedarfsgerechte Neujustierung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen, klimatischen, planungsrechtlichen und volkswirtschaftlichen Erwägungen notwendig. Diese wollen wir im Interesse unserer Wirtschaft konstruktiv fördern und begleiten.
- eine besser Anbindung Heilbronn an den Schienenfernverkehr mit dem klaren Ziel, Heilbronn als Fernverkehrshaltepunkt dauerhaft zu etablieren. Bis dahin muss eine attraktive, vor allem verlässliche und gute Anbindung an die Knotenpunkte Mannheim, Würzburg und Stuttgart oberste Priorität genießen.
- enge Begleitung der Entwicklung des Innovation Park Künstliche Intelligenz (IPAI). Dabei ist eine moderne und zukunftsweisende verkehrliche Anbindung an die Kernstadt von besonderer Bedeutung um eine „Stadt in der Stadt“ zu verhindern.

### **Personalmangel in den Verwaltungen**

Insbesondere durch die demografische Entwicklung fällt es auch der Stadt Heilbronn zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zur Aufgabenwahrnehmung einzustellen. Auf dem Arbeitsmarkt hat der öffentliche Dienst deutliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken, Handel, Dienstleistungen, Gewerbe und Industrie. Nicht selten bezahlt die freie Wirtschaft, insbesondere in den technischen Berufen, deutlich mehr als das, was der öffentliche Dienst aufgrund strenger Grenzen bieten kann. Im Fall der Personalauslese oder bei drohender Abwanderung von qualifiziertem Personal wünschen wir uns mehr Entscheidungsfreiheit für die Stadt.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine im Rahmen des Zulässigen stärkere Bestimmung der Gehaltsbemessung durch Kommunen vor Ort. Das gilt von der Gewährung besonderer Leistungszulagen jenseits der Gehaltsobergrenzen bis zu verbesserten Aufstiegsmöglichkeiten.
- mehr Flexibilität für Landkreise und Gemeinden bei Personalauslese und Besoldung.

- mehr Wertschätzung des Personals in den Verwaltungen. Dies kann unterstützt werden neben dem bestehenden Jobticket, bspw. durch Fahrrad-Leasing oder Sport- und Freizeit- sowie ‚Life Science‘-Angebote.
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, z.B. durch flexible Arbeitszeiten, Teilzeitmodelle, Möglichkeiten von Homeoffice und Eltern-Kind-Zimmer.
- eine bessere Unterstützung von Rückkehrerinnen und Rückkehrern nach Elternzeit und Freizeitphasen, z.B. durch ein Intranet und Betriebsveranstaltungen, die auch beurlaubten Mitarbeitern zur Verfügung stehen sowie Schulungsangebote, um auf dem „Stand der Technik“ zu bleiben.
- eine Chance der Einstellung von qualifizierten Seiteneinsteigern.

### **Digitale Verwaltung**

Die Digitalisierung bietet zahlreiche Chancen, um Verwaltungsprozesse zu optimieren, Bürokratie abzubauen und den Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Service zu bieten. Die digitale Verwaltung spart Zeit und Kosten. Das ermöglicht den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Heilbronner Stadtverwaltung, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren und den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Anliegen bequem von zu Hause aus zu erledigen, ohne lange Wartezeiten oder den Gang zum Amt. Die Freien Demokraten wollen die Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben und die Chancen der digitalen Transformation bestmöglich nutzen, um eine moderne und bürgernahe Verwaltung zu schaffen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- die flächendeckende Einführung zeitgemäßer Ratsinformationssysteme, um die Transparenz von Gremienentscheidungen zu erhöhen.
- Bürger-Apps mit nützlichen Informationen aus der Gemeinde als digitale Amtsblätter.
- moderne und interaktive Gemeinde-Websites.
- die Nutzung moderner Formen der Bürgerkommunikation durch die Gemeindeverwaltungen über die sozialen Medien, insbesondere Instagram-Accounts.
- den bedarfsgerechten Gebrauch hybrider Sitzungen zur Steigerung der Effizienz kommunaler Gremien.
- die konsequente Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen. Insbesondere um in Zeiten von Fachkräftemangel und demographischem Wandel wertvolle Personalressourcen in den Gemeindeverwaltungen möglichst sinnvoll einsetzen zu können,

ist eine Reduktion von Medienbrüchen bei der Verwaltung erforderlich. Konsequente Verwaltungsdigitalisierung ist kein leidiger Zusatzaufwand, sondern eine große Chance.

- den Einsatz KI-gestützter Chatbots auf kommunalen Websites als Beitrag zu einer bürgernahen Verwaltung.

## **Wir machen das: Tourismusförderung beginnt vor der Haustüre!**

Der Tourismus spielt für Heilbronn ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Das Ziel der Freien Demokraten ist es, die Menschen zu unterstützen, die unsere Stadt von ihrer schönsten Seite präsentieren und als perfekte Gastgeber dafür sorgen, dass es für Touristen immer attraktiver wird, ihre Freizeit zwischen Weinreben, Neckar und geschichtsträchtiger Architektur zu verbringen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- touristische Zusammenschlüsse mehrerer Gemeinden und örtliche Tourismusvereine.
- ein einheitliches grenzüberschreitendes Auftreten der Tourismusregionen und gemeinsame Werbemaßnahme für die gesamte Region.
- die verstärkte Zusammenarbeit von Gastronomen und Hoteliers, welche beratend und werbetechnisch unterstützt werden sollen.
- Erhalt unserer einmaligen Kulturlandschaft und Stärkung insbesondere des Weintourismus.
- verstärkte Einbindung des Neckars in die Stadtentwicklung für Kultur, Gastronomie, Freizeit und Erholung. Dabei wollen wir die sich bietenden Chancen für Flusskreuzfahrten stärker nutzen und prüfen, inwieweit die Bereitstellung von Infrastruktur hier für den heimischen Tourismus ein Gewinn sein kann.

## **Wir machen das: eine Mobilität, die heute funktioniert und das Morgen im Blick hat!**

Die Freien Demokraten gehen die Zukunft der Mobilität technologieoffen an. Es ist wichtig, dass Angebote des ÖPNV sowie ein Radwegenetz zur Verfügung stehen, aber genauso selbstverständlich wird der Pkw auch künftig eine wichtige Rolle spielen. Dabei setzen wir auf alle klimafreundlichen Antriebsarten und damit auf regenerative Kraftstoffe für den Verbrennungsmotor ebenso wie auf Elektroautos, wenn diese bei ganzheitlicher Betrachtung einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen selbst wählen können, wie sie zum Arbeiten, Einkaufen oder zu anderen Aktivitäten gelangen können. Auch die Unternehmen sollen selbst entscheiden, wie sie Waren für den Einzelhandel und das Gewerbe auf dem „letzten

Kilometer“ transportieren – mit dem klassischen Sprinter, mit kombinierten Transportketten oder auch mit dem Lastenfahrrad. Es braucht vor Ort ein Gesamtkonzept, das auf die jeweiligen Verhältnisse zugeschnitten ist und alle Verkehrsträger einbindet. Dabei müssen auch die Interessen von Einzelhandel, Dienstleistung und Gastronomie berücksichtigt werden.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den Erhalt des Individualverkehrs im Mobilitätsmix und sprechen uns grundsätzlich gegen Fahrverbote aus. Dies gilt ebenso für flächendeckende und hohe Parkgebühren in den Städten. Auch eine absichtliche Reduzierung des Verkehrsraumes, primär um den Individualverkehr weniger attraktiv zu machen, lehnen wir ab.
- die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, indem wir verkehrsträgerübergreifende Angebote und P&R-Lösungen ausbauen. Dadurch schaffen wir eine attraktive Alternative zum Autoverkehr im kommunalen Bereich und tragen gleichzeitig zur Erreichung unserer Klimaziele bei.
- die Entlastung Heilbronn vom Durchgangsverkehr, um die Innenstädte lebenswerter zu machen und die Lärm- und Schadstoffbelastung durch den Straßenverkehr zu reduzieren. Hier setzen wir zusätzlich auf ein dynamisches Verkehrsleitsystem.
- eine Vereinheitlichung der Geschwindigkeitsbeschränkung: es ist geradezu absurd und weder für die Verkehrssicherheit noch den Verkehrsfluss förderlich, wenn auf einer Strecke von wenigen hundert Metern die Höchstgeschwindigkeit mehrfach zwischen 30, 40 oder 50 km/h wechselt.
- die Beschränkung von 30er- und verkehrsberuhigten Zonen auf Bereiche, in denen es sinnvoll ist und nicht den übergeordneten Verkehrsfluss behindert oder einschränkt. Dabei ist auch an den ÖPNV zu denken, denn auch Busse werden in 30er-Zonen ausgebremst.
- eine erhöhte Parkgebühr für SUV bzw. schwere Fahrzeug nach Pariser Vorbild lehnen wir ab.

Unabhängig davon, ob Menschen bewusst oder unfreiwillig auf die Nutzung eines Autos verzichten: Der öffentliche Nahverkehr spielt eine entscheidende Rolle für den Klimaschutz und die Lebensqualität vor Ort. Gleichzeitig stellen die sich verändernden demografischen Rahmenbedingungen eine Herausforderung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) dar, insbesondere in unseren Stadtteilen. Dennoch sehen wir Freie Demokraten darin auch Chancen, indem wir auf neue Formen der Mobilität und Tarifmodelle setzen. Ein erster Meilenstein hierzu war die Einführung des Deutschlandtickets, das bundesweit und über die Grenzen der einzelnen Verkehrsverbände hinweg gilt.

Damit die Nutzung von Bus und Bahn noch attraktiver wird, setzen wir uns ein für

- kommunale Verkehrskonzepte, die alle Verkehrsträger vom Fahrrad über den motorisierten Individualverkehr und den Busverkehr bis hin zum schienengebundenen

Transport berücksichtigen. Dadurch wollen wir den intermodalen Verkehr (mit mehreren Verkehrsmitteln) stärken und die Sicherheit im Stadtverkehr erhöhen.

- einen barrierefreien Ausbau des schienengebundenen Nahverkehrs und einen darauf abgestimmten Busverkehr.
- die verbesserte Fahrradmitnahme in Bussen und Bahnen.
- den Auf- und Ausbau von Fahrrad-Leihsystemen.
- eine bedarfsgerechte Taktung und individuelle Anschlusslösungen in den Randzeiten.
- einen pünktlichen und verlässlichen ÖPNV und den Ausbau von dynamischen Echtzeit-Fahrgastinformationssystemen, sowohl stationär als auch per App.
- modernes Wagenmaterial bei den Verkehrsunternehmen, das umweltfreundliche, saubere und effiziente Antriebe mit zeitgemäßem Komfort für die Fahrgäste (USB-Charger, funktionierendes WLAN, Fahrgastinformationen) verbindet.
- Mobilitätskonzepte wie ehrenamtliche Bürgerbusse, Ruftaxis, On-Demand-Verkehre, Carsharing oder Ridepooling. Diese ermöglichen sowohl in städtischen Gebieten, vor allem jedoch in ländlichen Regionen, die Bereitstellung von öffentlichen Transportdiensten.
- eine engere Zusammenarbeit zwischen Verkehrsverbänden und ggf. auch Zusammenschlüsse von Verkehrsverbänden. Dadurch wollen wir den ÖPNV effizienter organisieren und verbundübergreifende Mobilität erleichtern.
- die Verzahnung unterschiedlicher Verkehrsträger und die Bereitstellung gebührenfreier P&R-Parkplätze an strategischen Orten.

### **Mobilität der Zukunft**

Niemand kann mit letzter Gewissheit sagen, wie die Mobilität der Zukunft aussieht. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir als Freie Demokraten eine pragmatische Verkehrspolitik verfolgen und uns für echte Technologieoffenheit einsetzen. Der Bedarf an klimafreundlicher Mobilität ist hoch. Auch in Zukunft werden kommunale Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren unverzichtbar bleiben. Jede Innovation, die den Kommunen hilft, einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sollte eine faire Chance bekommen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- den bedarfsgerechten und wirtschaftlich sinnvollen Ausbau von Elektroladestationen. Gerade kommunale Parkplätze und Parkhäuser bieten hier großes Potenzial. Um auch private Investitionen zu fördern, muss hier, insbesondere durch schnelle Genehmigungsprozesse, ein unterstützender Rahmen geschaffen werden. Aus

städteplanerischer Sicht bevorzugen wir die Schaffung von Clustern mit Schnellladesäulen, um den benötigten Verkehrsraum für Ladevorgänge zu minimieren.

- die priorisierte Verwendung von regenerativ erzeugtem Benzin in Reinform oder mit möglichst hoher Beimischung, sobald diese verfügbar sind, in allen kommunalen Benzin(hybrid)fahrzeugen.
- die Ausstattung kommunaler Fahrzeugflotten bei Ämtern und kommunalen Betrieben mit Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeugen, sofern dies wirtschaftlich sinnvoll ist und auch einen Vorteil für den Klimaschutz bietet.
- die Optimierung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur durch intelligente Leitsysteme wie elektronische Leittafeln und Wegweiser sowie digitales Parkraummanagement. Dadurch können wir Parksuchverkehre reduzieren, die in Innenstädten für ein hohes Verkehrsaufkommen verantwortlich sind.
- die Förderung autonomer Fahrzeuge durch den Einsatz bei Bedarfsverkehren und Logistikanwendungen.

## **Radverkehr**

Fahrräder erfüllen in unserem Verkehrsmix die unterschiedlichsten Rollen: Sie sind eine umweltfreundliche Option für Kurzstrecken und können sowohl als Lastenräder in Innenstädten als auch als Expeditionsfahrzeuge in der Touristik eingesetzt werden. Radwege müssen darum als integraler Bestandteil eines ganzheitlichen Verkehrssystems in die kommunale Planung einbezogen werden.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein ganzheitliches Radwegenetz, das die Anstrengungen von Kommunen, Landkreisen und dem Land Baden-Württemberg bündelt.
- mehr kommunale Freiheiten bei der Gestaltung des Verkehrsraums und wo immer möglich eine bauliche Trennung von Radverkehr und motorisiertem Individualverkehr.
- die ausreichende Bereitstellung gesicherter Abstellmöglichkeiten im städtischen Raum und von Ladestationen für eBikes und Pedelecs sowie deren Anbindung an den ÖPNV.
- Radschnellwege, die schnelles und sicheres Vorankommen auch auf längeren Pendelstrecken ermöglichen.
- eine verstärkte interkommunale Zusammenarbeit bei der Erschließung touristischer Radwanderwege.
- eine Unterstützung von Städten und Gemeinden, die den innerstädtischen Verteilerverkehr (Elektrolastenräder, Pedelecs, etc.) proaktiv verändern wollen.

- die Förderung der Arbeit von Jugendverkehrsschulen als wichtige Übungsfelder der Verkehrsteilnehmer von morgen.
- Das Umwidmen von Fahrspuren für motorisierten Verkehr in Fahrradspuren lehnen wir ab, wenn dadurch Nachteile (Stau) für viele Autofahrer aber Vorteile nur für relativ wenige Fahrradfahrer entstehen.

## **Barrierefreiheit**

Barrierefreiheit bedeutet, dass alle Menschen uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Von Kleinkindern im Kinderwagen bis zu hochbetagten Senioren profitieren alle Generationen davon. Eine umfassende Barrierefreiheit ist dabei mehr als abgesenkte Bordsteine und stufenlose Zugänge. Sie bedeutet, dass alle Barrieren und Behinderungen abgebaut werden, damit alle Menschen gleichermaßen in und an der Gesellschaft teilnehmen und teilhaben und ihr volles Potenzial entfalten können. Dafür bedarf es mehr Aufmerksamkeit und Bewusstsein für die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen. Orientierungshilfen für blinde und sehbehinderte Menschen, Informationen in „Leichter Sprache“, Kommunikationshilfen (Gebärdensprache, Untertitel, induktive Höranlagen), Kontraste und Schriftgrößen sind ebenso wie das „Zwei-Sinne-Prinzip“ leicht umsetzbare Möglichkeiten, Barrieren abzubauen. Eine weitgehend barrierefreie Infrastruktur stellt auch für Heilbronn einen Standortvorteil dar. Gerade hier können wir besser werden, sowohl in der Verwaltung, bei der vorschulischen und schulischen Bildung, bei kommunalen Freizeit-, Sport- und Kultureinrichtungen oder im Öffentlichen Personennahverkehr.

Damit alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben und ohne fremde Hilfe vor Ort teilhaben können, setzen wir uns ein für

- eine frühzeitige Beteiligung von Menschen mit Behinderungen als „Experten in eigener Sache“ bei der Planung und Umsetzung kommunaler Maßnahmen. Dies erreichen wir beispielsweise durch eine enge Zusammenarbeit mit Beiräten von Menschen mit Behinderungen und Seniorenräten.
- die Erstellung von Aktionsplänen zur konsequenten Umsetzung von mehr Barrierefreiheit. Diese beinhalten die Bestandsaufnahme bestehender Barrieren sowie die Festlegung von Prioritäten bei deren Beseitigung.
- die Umsetzung des gesetzlich verankerten Ziels der vollständigen Barrierefreiheit im ÖPNV. Zu den dafür erforderlichen Maßnahmen gehören neben baulichen Veränderungen (Fahrtreppen, Aufzüge, Rampen) auch die Einführung von Symbolen im barrierefreien Busverkehr sowie eine klare Kennzeichnung von barrierefreien Bussen und Bahnen in Aushangfahrplänen und Fahrplan-Apps.
- Umsetzung der bestehenden Konzepte für einen barrierefreien Fußverkehr. Unser Ziel ist es, Gefahrenstellen für Fußgänger zu reduzieren, Konflikte mit anderen Verkehrsträgern

abzubauen und bei der Gestaltung des Straßenraums inklusiv zu denken. Dazu gehören Maßnahmen wie stolpersichere Pflaster, bedarfsgesteuerte Fußgängerfurten und die Modernisierung von Fußgängerunterführungen und -passagen.

- saubere und rund um die Uhr zugängliche, barrierefreie Toilettenanlagen einschließlich Wickelmöglichkeiten für Kleinkinder und Erwachsene (so genannte “Toiletten für alle”) im öffentlichen Raum.

### **Leistungsfähige kommunale Infrastruktur**

Eine leistungsfähige kommunale Infrastruktur verbindet Menschen und bildet das Rückgrat städtischen Lebens. Allerdings sind Bau und Instandhaltung oft kostspielig und nehmen einen großen Teil des kommunalen Haushalts ein. Um die finanzielle Belastung für die Kommunen zu minimieren, ist uns Freien Demokraten daher wichtig, effizient und bedarfsgerecht zu bauen. Doch die Arbeit endet nicht mit der Fertigstellung eines Infrastrukturprojekts – im Gegenteil, sie fängt erst richtig an! Denn mit jeder Nutzung einer Einrichtung beginnt auch ihre Abnutzung. Es ist eine zentrale Aufgabe der Kommunen, die Sicherheit und Funktionsfähigkeit der Infrastruktur jederzeit zu gewährleisten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- ein besonderes Augenmerk auf die Sanierung bestehender Infrastruktur und treten dem schleichenden Substanzverlust wo notwendig mit regelmäßiger Sanierung entgegen.
- die Einrichtung eines digitalen Infrastrukturkatasters für bestehende Objekte, das Informationen über Zustand, Sanierungsbedarf und Zeithorizont aller kommunalen Liegenschaften bereitstellt.
- eine verbesserte technische Ausstattung der Kommunen, damit Schäden (z.B. an Brücken, Stützmauern oder Kanälen) rechtzeitig erkannt und behoben werden können. Hierbei sind auch Möglichkeiten der digitalen Bürgerbeteiligungen zu berücksichtigen (z.B. Meldung von Schäden durch Apps inklusive Rückmeldung des Bearbeitungsstatus).
- die Erarbeitung eines kommunalen Maßnahmenprogramms zur Erhaltung des Heilbronner Kanalisationsnetzes und zur Modernisierung der Kläranlage. Dabei legen wir auf den Grundwasser- und Bodenschutz ebenso Wert wie auf Synergieeffekte mit anderen Infrastrukturprojekten und die energetische Nutzbarmachung der Abwasserwärme.
- kommunale Wärmeplanung, die im Einklang mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes steht. Dabei prüfen wir, wo und wie Prozesswärme von kommunalen Betrieben und lokaler Industrie nutzbar gemacht werden können. Zudem streben wir an, neue Wohngebiete proaktiv an Nah- und Fernwärmenetze anzuschließen. Bei bestehender Wohnbebauung untersuchen wir Machbarkeit und Rentabilität einer Anbindung an solche Netze.

- die Prüfung, ob bei Infrastrukturprojekten durch interkommunale Zusammenarbeit Effizienzgewinne erzielt werden können. Erreichbarkeit und Nutzerfreundlichkeit müssen bei solchen Projekten jederzeit gewährleistet sein.
- die Ausschreibung mineralischer Recyclingbaustoffe (RC-Baustoffe) bei Bauvorhaben wo immer möglich. Dadurch wollen wir den Abbau natürlicher Ressourcen verringern.
- den Abbau landesrechtlicher Verwaltungsvorschriften im Rahmen von Bau- und Sanierungsmaßnahmen kommunaler Infrastrukturen.
- Langfristige Sicherung der Handlungsfähigkeit der Kommune durch ein strategisches Management öffentlicher Grundstücke und auch ggfs. Nutzung von Vorkaufsrechten in der Kernstadt zur Erreichung dieser Ziele. Grundstücksverkäufe sollen zugunsten von Erbbaurechten vermieden werden und somit im Eigentum der Stadt verbleiben. Gleichzeitig soll stets einer privaten Initiative der Vorzug vor kommunaler Umsetzung gegeben werden.

## **Wir machen das: Wohnen ist Grundbedürfnis und Lebensqualität!**

Auch in Heilbronn mangelt es an Wohnraum, insbesondere an bezahlbarem Wohnraum. Vielfach lassen wir die planerischen und gestalterischen Möglichkeiten ungenutzt, die uns zur Verfügung stehen. Das Ziel der Freien Demokraten ist es, bestehende und teilweise veraltete Bebauungspläne an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Wir streben für Kommunen mit Wohnraumbedarf beispielsweise an, die Grundflächenzahl (GRZ), die Geschossflächenzahl (GFZ) und die Stellplatzzahlen so zu verändern, dass mehr Neubauten oder Erweiterungen von Wohnraum in bestehenden Baugebieten attraktiv und realisierbar werden ohne das jedoch der Gebietscharakter allzu stark verändert wird. Enteignungen lehnen wir ab. Die FDP ist überzeugt, dass nur eine rege Bautätigkeit und eine nachhaltige Vergrößerung des Wohnungsangebots einen weiteren Anstieg der Mietpreise verhindern können. Eine Möglichkeit, bezahlbaren Wohnraum unbürokratisch zu schaffen, besteht in der Innenentwicklung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven. Die Kommunen sollen in Zusammenarbeit mit der Stadtsiedlung Heilbronn GmbH sowie mit privaten Investoren vermehrt geförderten Wohnraum bereitstellen.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Vereinfachung der Vorschriften und eine Konzentration auf wesentliche Standards im Wohnungsbau durch entsprechende Landes- und Bundesgesetzgebung, insbesondere in der Landesbauordnung (LBO), dem Bundesimmissionsschutzgesetz und der TA-Lärm.
- einen schnellen und unbürokratischen Wohnungsbau, insbesondere in Zeiten akuten Wohnraummangels.

- wir wollen unsere städtische Tochter, die Stadtsiedlung Heilbronn GmbH, mit Eigenkapital stärken, damit trotz gestiegener Zinsen und Baukosten, der geförderte Wohnungsbau nicht zum Erliegen kommt.
- die Schaffung günstigen Wohnraums für Personen in Ausbildung und Studium. Dies soll durch den Bau neuer Studierendenwohnheime und Ausbildungshäuser ermöglicht werden. Insbesondere streben wir an, kommunale und landeseigene Liegenschaften kostengünstig an Studierendenwerke und lokale Ausbildungsbündnisse zur Verfügung zu stellen.
- die Nachverdichtung und Nutzung innerörtlicher Baulandreserven, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen bioklimatischen Situation.
- die Anpassung von Bebauungsplänen mit dem Ziel, mehr Wohnraum zu schaffen, ohne dabei den Gebietscharakter der Nachbarschaft allzu stark zu verändern.
- die Ausweisung von mehr Bauland, unter Ausnutzung aller Ermessensspielräume nach dem Baugesetzbuch um zusätzlichen Wohnraum entsprechend dem Gebietscharakter zu schaffen.
- die Erhöhung der Eigentumsquote im Land durch die gezielte Förderung des Eigentumserwerbs. Wohneigentum stellt insbesondere für mittlere und untere Einkommensgruppen einen wichtigen Baustein zur Altersvorsorge dar.
- die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen. Darüber hinaus lehnen wir eine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf Landesebene entschieden ab.
- die Abschaffung unwirksamer Instrumente wie der Mietpreisbremse und des Zweckentfremdungsverbots. Diese Maßnahmen machen das Bauen weniger attraktiv und führen lediglich zu einem deutlich erhöhten Verwaltungsaufwand.
- einen konsequenten Ausbau von Nah- bzw. Fernwärmenetzen in Neubaugebieten. Auch in Bestandsgebäuden soll die Möglichkeit eines Anschlusses an die Nah- oder Fernwärme nach Möglichkeit geschaffen werden.
- die Eruierung und Nutzung von Aufstockungspotenzialen.
- die Einrichtung eines Leerstandskatasters, in dem alle relevanten Informationen über leerstehende gewerbliche Immobilien gebündelt werden. Diese Maßnahme erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung, den Eigentümern und der Immobilienwirtschaft.
- die Förderung von Wohnraum für Mitarbeiter, bspw. durch die Schaffung und Bildung von Werkwohnungen bei der Stadt Heilbronn bzw. bei städtischen Gesellschaften.

## **Wir machen das: Wertschätzung für unsere Landwirtschaft - Regionalität ist Trumpf!**

Die Landwirtschaft und der Weinbau sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Region Heilbronn-Franken und spielt eine zentrale Rolle als bedeutender Wirtschaftszweig, für unsere Ernährungssicherheit und für den Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft. Wein- und Obstbau prägen unser reizvolles Landschaftsbild. Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine moderne und nachhaltige Landwirtschaft ein, die ökonomisch erfolgreich ist und gleichzeitig den Schutz von Natur und Umwelt gewährleistet. Landwirtschaftliche Unternehmer entwickeln ihre Betriebe über Generationen hinweg. Die Stadt Heilbronn sollen sie dabei als starker Partner begleiten.

Deshalb setzen wir uns ein für

- Entbürokratisierung, um den Landwirten mehr unternehmerische Selbstbestimmung zu ermöglichen. Zusätzliche Bewirtschaftungsaufgaben für Pächterinnen und Pächter landwirtschaftlicher Nutzflächen aus kommunaler Hand, die über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen, lehnen wir ab.
- eine Förderung der Vermarktung regionaler landwirtschaftlicher und gartenbaulicher Erzeugnisse vor Ort, wie z.B. Verkaufsstände oder Hofläden.
- ein intaktes und dem heutigen Stand der Technik in Land- und Forstwirtschaft angepasstes Wirtschaftswegenetz. Die Tragfähigkeit der multifunktional genutzten Wege muss den heutigen Anforderungen entsprechen

## **Integration und Migration –**

### **Wir machen das: ein vitales und harmonisches Miteinander und ein Bekenntnis zur Freiheitlich-demokratischen Grundordnung**

Die Integration der Menschen aus Ländern mit anderen kulturellen Hintergründen und Sprachen erfolgt vor Ort in den Kommunen. Hier müssen unsere Werte vermittelt und das Zusammenleben zwischen und mit den Kulturen organisiert werden. Bildung und kulturelle Einbindung in die Gesellschaft sind für uns Freie Demokraten die Schlüssel zu einer gelungenen Integration und somit Basis für langfristige gesellschaftliche Stabilität und die Sicherung unseres Wohlstands.

Deshalb setzen wir uns ein für

- verpflichtende Deutschkurse in den Kommunen, welche beispielsweise über die Volkshochschulen organisiert werden können. Dabei sind Kursgruppen entsprechend der Bildungsvorkenntnisse einzuteilen, um jedem optimal zu fördern.
- niedrigschwellige Integrationsangebote in Familienzentren, welche zielgruppengerechte Beratung bieten.

- ein Integrationsmanagement, welches sich an den speziellen Bedürfnissen vor Ort orientiert und das Ehrenamt in seiner Arbeit begleitet.
- niedrighschwellige Bildungsangebote zur Erleichterung des Eintritts in den Arbeitsmarkt.
- die Schaffung dezentraler Anschlussunterbringungen/Wohnangebote, da Integration am besten in kleinen Einheiten gelingt.
- die Unterstützung der Vereine vor Ort bei der Integration der Neubürger durch Fortbildungsmaßnahmen und einen hauptamtlichen Ansprechpartner.
- einen fairen finanziellen Lastenausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen, welcher sich im Ergebnis in einer Entlastung der Kommunen und dauerhaften Finanzierung der Integrationsleistung manifestiert.

### **Migration gemeinsam meistern und Chancen nutzen!**

Der Zustrom von Geflüchteten ist eine der größten Herausforderungen, vor der unsere Kommunen stehen. Obgleich die Kommunen den Zustrom Geflüchteter vor Ort schultern müssen, sind ihre Einflussmöglichkeiten dabei gering. Das neue Einwanderungsgesetz der Bundesregierung, das neue Gesetz zur Erleichterung von Rückführungen sowie die Einigung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem (GEAS) sind wichtige Schritte in die richtige Richtung, um die Kommunen zu entlasten. Denn am Ende sind sie es, die mit den Vorgaben der Europäischen Union und des Bundes arbeiten und für die Unterbringung und Integration der Neuankömmlinge sorgen müssen. Wichtig sind dabei europaweit einheitliche Regelungen für alle Flüchtlinge, insbesondere bei der Gewährung oder Nichtgewährung von Schutz. Dies schließt für uns Freie Demokraten auch die Rücknahme des Rechtskreiswechsels für ukrainische Geflüchtete ein; hier muss eine Lösung gefunden werden, die die kommunalen Ausländerbehörden nicht zusätzlich belastet.

Gut integrierten Asylsuchenden, die unseren Arbeits- und Ausbildungsmarkt bereichern, muss ein unbürokratischer und schneller Spurwechsel ermöglicht werden. Dies stärkt die Integration und unseren kommunalen Arbeitsmarkt. Trotzdem ist und bleibt unser vorrangiges Ziel eine klare Trennung zwischen Arbeitseinwanderung und Einwanderung auf dem Fluchtweg. Deswegen sollten legale Wege zur Arbeitseinwanderung bedarfsorientiert weiter ausgebaut werden.

Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehören auch eine konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung und die Schaffung von ausreichend Ausreisegewahrsams- und Abschiebehaftplätzen. Hierbei muss ein besonderer Fokus auf straffälligen Migranten liegen. Das Land Baden-Württemberg ist in der Pflicht, dezentral genügend Haft- und Gewahrsamsplätze einzurichten und konsequent abzuschieben.

Wir setzen uns auf kommunaler Ebene ein für

- die ausschließliche Zuweisung von Geflüchteten an die Kommunen, die auch eine gewisse Bleibeperspektive haben. Bei den Personen ohne Bleibeperspektive sollte nicht die Integration im Fokus stehen, sondern die Rückführung. Daher ist eine Verteilung in die Kommunen nicht sinnvoll. Auch darf es nicht sein, dass Personen ohne Stellung ihres Asylantrags in die Kommunen verteilt werden, wie dies in der Praxis vorkommt. Personen ohne gestellten Asylantrag sowie mit schlechter Bleibeperspektive sollten in Ankunftszentren verbleiben.
- die uneingeschränkte Residenzpflicht aller Geflüchteten zur Vereinfachung der kommunalen Verfahren.
- einen Abbau von Arbeitsverboten und Restriktionen bei Praktika und Zeitarbeit. Geflüchtete sollen schnell die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Unnötige Bürokratie soll dabei verhindert werden, indem eine Arbeitserlaubnis grundsätzlich für einen Geflüchteten erteilt würde und nicht für jede Arbeitsstelle.
- eine aktive Förderung des Austausches zwischen den Ausländerbehörden und der lokalen Wirtschaft.
- die Möglichkeiten des Asylbewerberleistungsgesetzes kommunal umfassender zu nutzen und vermehrt auf Sachleistungen anstatt auf Bargeldzahlungen zu setzen. Asylbewerberleistungen sollten schnellstmöglich über ein einheitliches Bezahlkartensystem verausgabt werden.
- eine Förderung des aktiven Austausches zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und den Geflüchteten, um Integration gemeinsam und von allen Seiten zu fordern und zu fördern.
- eine passgenauere Unterstützung der Kommunen durch Bund und Land sowie eine unbürokratische Abrechnung bei den Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten. Kommunen müssen bedarfsgerecht unterstützt werden.
- die bedarfsgerechte Unterstützung kommunaler Unterbringung. Eine hilfswise Nutzung von Sporthallen für die Unterbringung ist zu vermeiden.
- eine Sprachstandsabfrage der Sprachen Deutsch und Englisch in den Erstaufnahmeeinrichtungen und die Vermittlung der deutschen Sprache sofort nach der Ankunft.
- eine verpflichtende Teilnahme an Integrationskursen für jeden Geflüchteten und Asylbewerber. Die Kurse müssen ihnen offenstehen, sobald sie die Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verlassen können. Dabei muss die Vermittlung der Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stets im Vordergrund stehen.
- verbesserte Sanktionsmöglichkeiten auch im Asylbewerberleistungsgesetz für die Unteren Aufnahmebehörden, wenn Geflüchtete sich Integrations- und Sprachkursen entziehen oder es zu disziplinarischen Problemen in den Unterkünften komm

## **Wir machen das: Städtepartnerschaften leben - für ein Europa in Frieden und Freiheit!**

Partnerschaften von Großstädten, Gemeinden, Landkreisen und Regionen mit gleich oder ähnlich strukturierten Gebieten in anderen Staaten (oder innerhalb Deutschlands) aktivieren das Gemeinschaftsleben und erhöhen den Erfahrungshorizont. Sie fördern das Verständnis untereinander und helfen, Vorurteile abzubauen. Getragen von zahlreichen Städtepartnerschaften ist so nach Jahrhunderten der Kriege zwischen den beiden Ländern die deutsch-französische Freundschaft entstanden und zum Erfolgsmodell für einen dauerhaften Frieden geworden. Die Politik kann Partnerschaften aber nur anschieben und beschließen; gelebt werden müssen Partnerschaften von der breiten Bevölkerung und deren Institutionen. Aus liberaler Sicht sind die Beziehungen von Schulen, Vereinen, Verbänden und Kirchen wesentliche Elemente einer Partnerschaft.

Deshalb setzen wir uns ein für

- eine Unterstützung von Jugend- und Vereinsbesuchen in Partnerkommunen sowie Schüleraustauschprogrammen.
- eine in regelmäßigen Abständen stattfindende Überprüfung des Partnerschaftsgedankens, um diesen gegebenenfalls auf eine neue Basis zu stellen. Gerade die Städtepartnerschaften mit Stockport (England) und Béziers (Frankreich), obgleich Grundlage des europäischen Gedankens, bedürfen einer Wiederbelebung.
- Gründung einer Städtepartnerschaft mit einer Stadt in Israel.

## **Wir machen das: mit Ihrer Unterstützung!**

Ihre Stimmen für die Kandidatinnen und Kandidaten der Freien Demokraten!